

zur Sitzung des Rates der Gemeinde Friedeburg am 15.04.2010

TOP 6: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010 → BM Emmelmann

Die letzten Jahre waren gut, dieses und die nächsten Jahre werden schlechter. Das gilt für die finanzielle Ausstattung unserer Gemeinde Friedeburg wie auch für die der meisten anderen Kommunen.

Gemeinsam mit den Ratsfrauen und Ratsherren unserer Gemeinde hat die Verwaltung in den vergangenen Wochen in öffentlichen Fachausschüssen und in zahlreichen Gesprächsrunden den bunten Strauß der gemeindlichen Haushaltsansätze erörtert. Vieles wurde auf den Prüfstand gestellt. Es wurde abgewogen, was nötig, was möglich ist, und zwar immer unter der Prämisse des Allgemeinwohls. Unser ursprüngliches Ziel, als Ergebnis einen ausgeglichenen Haushalt 2010 zu präsentieren, ist nicht gelungen. Als Gemeinde - und zwar Rat und Verwaltung - und Partner der hier lebenden großen und kleinen Menschen müssen wir dafür sorgen, die für das Allgemeinwohl und die örtliche Gemeinschaft notwendige Grundausstattung und Infrastruktur vor Ort zur Verfügung zu stellen. Dass wir das nicht alleine können, versteht sich von selber. Landkreis, Land und Bund müssen in ihren Zuständigkeitsbereichen ihren jeweiligen Beitrag dazu leisten. Zu deren Aufgaben gehören beispielsweise die vorschulische und schulische Bildung, zahlreiche soziale Aufgaben, Polizei, verkehrliche Infrastruktur (außerhalb der Gemeindestraßen und -wege) usw.

Wir in Friedeburg können stolz sein auf Erreichtes. Hierzu gehören z.B.

- Eine bedarfsgerechte und qualitativ gute Kindertagesbetreuung, die unerlässlich ist für die Unterstützung der Familien, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Ordentliche und gut ausgestattete Grundschulgebäude. Auch der Landkreis WTM modernisiert und saniert derzeit ihre hier in Friedeburg verortete Haupt- und Realschule „Altes Amt Friedeburg“, die pädagogisch und inhaltlich hervorragende Arbeit leistet und als erste ostfriesische Sek-I-Schule mit Ganztagsangebot einen sehr guten Ruf genießt.
- Unsere offene Jugendarbeit mit inzwischen fünf Standorten im Gemeindegebiet - und der allerdings leider immer noch nicht besetzten zweiten Sozialarbeiterstelle - soll auf qualitativ bessere Beine gestellt werden. Positiv wird hierbei mit Sicherheit das künftige Friedeburger Jugendparlament mitwirken. Wer von Ihnen die Gelegenheit hatte, die jungen Menschen bei den Vorbereitungsarbeiten zum JuPa zu erleben, ihre Begeisterungsfähigkeit und ihr Engagement, kann nur mit großer Zuversicht in eine jugendparlamentarische positive Zukunft in Friedeburg blicken und den jungen Leuten ihre Unterstützung zusichern.
- Wir haben ein ordentlich ausgebautes und gepflegtes Gemeindestraßensystem - auch wenn der jüngste Winter hier erhebliche Blessuren hinterlassen hat und wir uns deshalb in diesem Jahr zugunsten von Straßenunterhaltungsmaßnahmen gegen Straßenneubaumaßnahmen aussprechen. Straßenbeleuchtung mit dem Schwerpunkt „Energieeinsparung“ gehört wie seit einigen Jahren schon zu einem wichtigen Aktivposten im Haushaltsplan unserer Gemeinde.
- Im Gemeindegebiet arbeiten viele gesunde und solide, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, die vielen Frauen und Männern Arbeit bieten und damit Grundlage sind für ein auskömmliches Familieneinkommen und existenzsichernd sind für die kleinsten gesellschaftlichen Keimzellen, die Familien. Diese Betriebe im Rahmen unserer Möglichkeiten zu fördern, gehört zu unseren Aufgaben.

- Erlauben Sie mir einen Hinweis auf die im Gemeindegebiet tätigen großen Konzerne wie IVG und deren Geschäftspartner, die internationalen Energieunternehmen. Auf der einen Seite sind sie wichtiger Garant dafür, dass es uns wirtschaftlich gut und besser geht, dass von dort Aufträge an Betriebe in der Gemeinde und in der Region (z.B. an Bauunternehmen des Hoch- und Tiefbaus, technische Dienstleistungsunternehmen, Lohnunternehmen, Sandabbaubetriebe, Hausmeisterdienste) gehen (im letzten Jahr betrug das Auftragsvolumen allein durch die IVG ca. 50 bis 55 Mio. €), dass Einzelhandel, Gastronomie, Hotellerie, etc. profitieren, dass die Gemeinde Gewerbesteuern in nicht unerheblichem Maße erhält (2009 kamen mehr als 50% der Friedeburger Gewerbesteuern aus dem Etzeler Bereich), dass dort unmittelbar und mittelbar Arbeits- und auch Ausbildungsplätze entstanden sind und weitere entstehen, dass durch Verkäufe und Verpachtung von Grund und Boden und Immobilien und Salzabbaugerechtigkeiten erhebliche Finanzmittel in die Region geflossen sind.....  
Auf der anderen Seite - also die Kehrseite der Medaille - wurden und werden Nachteile und Beeinträchtigungen in Kauf genommen. Dazu gehören Lärm, Licht, Staub, Baustellenverkehre, ungeklärte Fragen zum Brand- und Katastrophenschutz, zu Bodenabsenkungen und zur Nachnutzung der Salzkavernen, Sorgen und Ängste hinsichtlich Lebensqualität, Natur- und Landschaftsschutz und auch zu möglichen Wertverlusten der Wohnimmobilien. Hier hat aktuell der Besuch des IVG-Vorstandssprechers Dr. Niesslein am 30.03.2010 in Friedeburg für einen - wenn auch zunächst kleinen - positiven Stimmungswandel gesorgt. Dr. Niesslein sagte u.a. einen partnerschaftlichen Dialog und eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit zu. Daran werden er und die IVG sich messen lassen müssen. Denn ein Fortsetzungsgespräch wurde für Juni 2010 bereits angekündigt.

Jetzt zu unseren haushalterischen Details für 2010:

Nachdem der Haushalt 2009 im Rechnungsergebnis noch ausgeglichen werden konnte, wird sich die Haushaltssituation nach dem vorgelegten Verwaltungsentwurf für das Haushaltsjahr 2010 deutlich verschlechtern.

Nach Gegenüberstellung der Einnahmen von 13.845.800 € und Ausgaben von 15.415.300 € wird der Verwaltungshaushalt voraussichtlich mit einem Fehlbetrag in Höhe von 1.569.500 € abschließen. *Die erste Entwurfsfassung ergab noch einen Fehlbetrag von 1,9 Mio. €.*

Diese negative Entwicklung ist im Wesentlichen auf die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zurückzuführen. Wichtige Einnahmen der Gemeinde mussten an die negative Entwicklung angepasst werden. So wurden im Vergleich zu den Vorjahresansätzen die Einnahmen bei der Gewerbesteuer um 200.000 € auf 5,85 Mio. € und bei den Einkommensteueranteilen um 110.000 € auf 1,94 Mio. € reduziert.

Gegen diesen Trend hat sich die Steuerkraft der Gemeinde aufgrund höherer Steuereinnahmen in den Vorjahren erhöht, was sich leider negativ auf die von der Gemeinde zu erbringenden Finanzausgleichszahlungen auswirkt. So muss in diesem Jahr eine Kreisumlage in Höhe von 5.073.500 € an den Landkreis Wittmund gezahlt werden, was eine Steigerung um 589.000 € bedeutet. Des Weiteren erhält die Gemeinde keine Schlüsselzuweisungen (2009: 110.200 €) mehr aus dem Finanzausgleich, sondern muss im Rahmen des Solidarpakts eine Finanzausgleichsumlage an das Land Niedersachsen in Höhe von rund 375.000 € abführen. Aufgrund der bereits genannten rückläufigen Gewerbesteuereinnahmen konnte die Gewerbesteuerumlage gegenüber dem Vorjahr allerdings um 192.000 € auf 1.248.000 € reduziert werden.

Unter Berücksichtigung der zu zahlenden Umlagen verbleiben der Gemeinde Friedeburg von ihren Steuereinnahmen in Höhe von 9,87 Mio. € „unterm Strich“ nur 3,16 Mio. € (rund 32%).

Auf der Ausgabenseite des Verwaltungshaushaltes sind einige Bereiche besonders zu nennen:

- Aufgrund des VA-Beschlusses vom 23.09.2009 wird seit Jahresbeginn zur Unterstützung von jungen Familien ein Begrüßungsgeld für Neugeborene (500 €) gezahlt. Hierfür wurden Kosten in Höhe von 50.000 € veranschlagt.
- Für die Kindertagesbetreuung im Gemeindegebiet (Kindergärten, Kinderkrippen) bringt die Gemeinde insgesamt einen Betrag (Ausgaben wie Personalkosten, Sachkosten, Betriebskostenzuschüsse an andere Träger, Bauunterhaltungskosten, minus Einnahmen wie Elternbeiträge, Personalkostenzuschüsse des Landes, Zuschüsse des Landkreises Wittmund) in Höhe von 923.500,- € auf.
- Für die besondere Unterstützung von Grundschulkindern (Sozialfonds für Lernmittel und Personal- und Sachkosten für die „Lesenester“ an drei Grundschulstandorten) sind im Haushaltsplanentwurf Finanzmittel in Höhe von insgesamt 70.000,- € vorgesehen.
- Für die offene gemeindliche Jugendarbeit (Personalkosten, Bauunterhaltung, Sachkosten, Zuschüsse an andere Träger) enthält der diesjährige Haushaltsplanentwurf 128.000,- €. Für das künftige Jugendparlament sind 5.000,- € vorgesehen.
- Aufgrund der Winterschäden an den Gemeindestraßen wurden die Ansätze für die Straßenunterhaltung und den Winterdienst um 50.000 € auf jetzt 520.000 € erhöht.
- Die Personalausgaben liegen mit einem Volumen von 4,1 Mio. € um 131.500 € über dem Vorjahresansatz. Hauptgrund für diese Steigerung sind tarifliche Erhöhungen.

Nach der vorgelegten Finanzplanung wird 2012 voraussichtlich wieder ein struktureller Überschuss im Verwaltungshaushalt erwirtschaftet werden können. Allerdings wird es nach derzeitiger Prognose noch einige Jahre dauern, bis der Fehlbetrag 2010 vollständig abgebaut werden kann.

Der Vermögenshaushalt liegt mit einem Volumen von 2.399.500 € ausgeglichen in Einnahme und Ausgabe um 2.510.800 € unter dem Vorjahresansatz von 4.910.300 €, was eine Reduzierung gegenüber dem Vorjahr um 51,13 % bedeutet. Im Vermögenshaushalt wurden im Wesentlichen Beträge für investive Maßnahmen veranschlagt, für die bereits politische Beschlüsse vorliegen.

#### Investitionsschwerpunkte bilden

- der an den Landkreis Wittmund (freiwillig) zu zahlende Gemeindeanteil für den Umbau der Aula in der Schule Altes Amt Friedeburg (200.000 €),
- die Errichtung von Wartehallen (120.000 €),
- die Dorferneuerungsmaßnahmen in Reepsholt (100.000 €),
- der Wirtschaftswegebau (430.000 €),
- der Brückenbau an Gemeindestraßen (100.000 €),
- der Gemeindeanteil am Straßenbau im Rahmen der Flurneuordnung Wiesedermeer (100.000 €),
- die Fortsetzung der energetischen Sanierung der Straßenbeleuchtung im Gemeindegebiet (65.000 €),
- der notwendige Bau einer Entlastungsleitung im Gewerbegebiet Friedeburg (200.000 €) und
- die Erweiterung des Gewerbeparks Marx (100.000 €).

Zur Senkung des Kreditbedarfs wurden viele Maßnahmen zeitlich verschoben bzw. nur die Planungskosten veranschlagt. Das gemeindliche Straßenbauprogramm soll in diesem Jahr zugunsten von erforderlichen Straßenunterhaltungsmaßnahmen ausgesetzt werden.

Direkte Finanzmittel im Vermögenshaushalt umfassen im Wesentlichen die Erlöse aus Grundstücksverkäufen, EU-, Landes- und Kreiszuschüsse sowie Erschließungs- und Kanalanschlussbeiträge. Vom Verwaltungshaushalt kann in diesem Jahr lediglich die gesetzliche Pflichtzuführung zur Deckung der Kreditbeschaffungskosten und ordentlichen Tilgung von Krediten in Höhe von 84.000,- € zugeführt werden. Eine „freie Spitze“ ist nicht vorhanden. Eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage ist nicht mehr möglich, weil diese 2009 zum Ausgleich des Vermögenshaushalts bis auf den gesetzlichen Mindestbestand von ca. 140.000 € aufgebraucht werden musste. Andere Einnahmen wie z.B. aus dem Verkauf von Baugrundstücken sind rückläufig, so dass für 2010 zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes ein Kreditbedarf in Höhe von 1.418.000 € ermittelt wurde. *(In der ersten Entwurfsfassung ergab*

sich für den Vermögenshaushalt noch ein Kreditbedarf von 2,7 Mio. €). Die diesjährigen Ausgaben des Vermögenshaushaltes müssen somit zu 59,10 % über Kredite finanziert werden.

Als Verpflichtungsermächtigungen, das heißt Ermächtigungen zum Eingehen von Ausgabeverpflichtungen für künftige Haushaltsjahre, sind insgesamt 400.000 € vorgesehen, und zwar für den Neubau einer Gymnastik- bzw. Kleinturnhalle in Etzel (300.000 €) und für die Erschließung zur Erweiterung des Baugebietes „Horster Mitte“ (100.000 €).

Die Hebesätze für die Grundsteuern A und B und für die Gewerbesteuer bleiben in diesem Jahr mit 320 % unverändert.

Der Höchstbetrag für Kassenkredite wurde auf 2,5 Mio. € festgesetzt.

Es bleibt festzuhalten - wie bereits eingangs erwähnt -, dass ein schwieriges Haushaltsjahr vor uns liegt. Mit dieser Situation steht die Gemeinde Friedeburg nicht allein da. So werden in einigen Landesteilen drei von vier Kommunen ihren Haushalt in diesem Jahr und wahrscheinlich auch im nächsten Jahr nicht ausgleichen können.

Aufgrund des Fehlbetrages im Verwaltungshaushalt musste erstmals seit Jahren wieder ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt werden.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Finanz- und Wirtschaftskrise und das vom Bund beschlossene Wachstumsbeschleunigungsgesetz künftig auf die Finanzlage der Kommunen allgemein und auf uns im Besonderen auswirken werden.

Trotz aller Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung darf nicht vergessen werden, dass wir als Gemeinde durch Investitionsmaßnahmen, Beschaffungen und Bauunterhaltungsmaßnahmen zur Stärkung der heimischen Wirtschaft beitragen. Zudem sind die finanziellen Einbrüche in diesem Jahr nicht hausgemacht, sondern leider fremdbestimmt. Sorgen bereiten mir aktuell die derzeitigen Überlegungen zur Abschaffung der Gewerbesteuer, der für uns Kommunen wichtigsten Einnahmequelle. Auch hat mich die vom niedersächsischen Wirtschaftsministerium im März getroffene Entscheidung, die GRW-Mittel (*früher: GA-Mittel = Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Infrastruktur; heute: GRW-Mittel = Einzelbetriebliche Investitionsförderung*) spontan auf Null zu setzen, sehr empört. Hierdurch sind gerade kleinere und mittlere Unternehmen - auch in der Gemeinde Friedeburg! - in ihren Investitionsplanungen und -vorhaben empfindlich beeinträchtigt worden.

Die Gemeinde hat in der Vergangenheit solide gewirtschaftet und wird das auch in Zukunft tun.

Finanzielle Einbrüche dürfen wir nicht ohne Not an die hier lebenden Menschen weiter reichen. An dieser Stelle sollten wir auch bedenken, dass sehr viele Frauen, Männer und junge Leute in unserer Gemeinde ehrenamtlich tätig sind und sich für die Allgemeinheit, für das Allgemeinwohl einsetzen - sei es in den vielen sozialen Bereichen, im kulturellen Bereich, im Kindergarten und in der Schule, in der Heimatpflege, im Sport, in der Dorfpflege und Dorfverschönerung oder woanders. Dass das zur ostfriesischen Mentalität gehört, ist das eine. Dass das für ein gedeihliches Miteinander wichtig ist und der Kommune kein oder nur wenig Geld kostet, ist das andere. Besonders wichtig ist aber, dass das Ehrenamt unbezahlbar und ein unverzichtbarer Wert ist und bleibt. Durch finanzielle Kürzungen oder Kostenerhöhungen bei bestimmten kommunalen Aufgabenfeldern wäre zumindest die Bereitschaft zum Ehrenamt gefährdet.

Der Haushaltsplanentwurf und die Haushaltssatzung 2010 sind sorgfältig, solide und vernünftig vorbereitet und erstellt worden. Der jetzt ausgewiesene Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt von aufgerundet 1,6 Mio. € und der Kreditbedarf im Vermögenshaushalt von abgerundet 1,4 Mio. € sollten in diesem Jahr nicht weiter reduziert werden. Das wäre unverhältnismäßig und nicht vernünftig.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.